

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 574. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 202.

Druckpreis für Halle u. Bitterfeld 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M. für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung kostet 10 M., wofür ein halbes Jahr (1. Juli bis 31. Juni) 12 M. 50 Pf. zu zahlen sind. Einzelhefte 10 Pf. (Postzusatz 2 Pf.).
Verlagsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Unterstadt.
Telephon 138; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Nr. 294/1909.
Verantwortl. Dr. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Zweite Ausgabe
Mittwoch, 8. Dezember 1909.

Verlagsstelle in Berlin, Poststraße 14.
Telephon Amt VI Nr. 16 200.
Send und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Initiativanträge.

Zur Verfechtung des Reichs sind Bundesrat und Reichstag gleichberechtigte Faktoren. Dies soll auch bei der Vorbereitung und Anregung der Gesetzesvorlagen in Erwägung treten und so wahrst sich der Reichstag das Recht, auch seinerseits Vorlagen vorzubereiten und sie dann dem Bundesrat zur Zustimmung oder Ablehnung zu unterbreiten. Wohl ist die Zeit des Reichstages mit der Prüfung der vom Bundesrat eingebrachten Vorlagen meist schon reichlich ausgefüllt; ja, es mehren sich allmählich die Sessionen, in denen mangelhaft vorbereitete Vorlagen ungenügend oder doch unvollständig liegen bleiben. Der gleichwohl hält man den Grundgedanken der Reichstagsinitiative für wichtig genug, sie nach regelmäßig bestimmten Modellen, bisher dem Mittwoch, für derartige Beratungen zu benutzen, und nach dem Anreger dieser Regelung hat eine solche Sitzung den Namen Schwerinstag erhalten. Es ist dabei nicht notwendig, daß die Parteien fertig ausgearbeitete Gesetzentwürfe einbringen. Es genügt die bloße Anregung, die den Gegenstand bezeichnet, dieser Regelung durch Gesetz oder Maßnahmen der Verwaltung erwünscht erscheint. Freilich hat sich bei den Initiativanträgen im deutschen Reichstage die gleiche bedeutende Entwicklung gezeigt, wie bei den Interpellationen: Die Menge wirkt erdrückend und nimmt dem einzelnen Antrage die Beachtung und den Eindruck des Auffallens. Wo früher eine befähigte Erwähnung bei der Etatsberatung für genügend galt, langt heute der Initiativantrag auf und einzelne Parteien scheinen ihren Eifer oder besser ihr Geld nach Volkszählung durch Einbringung möglichst vieler solcher Anträge bemessen zu wollen. So liegen gewöhnlich mehr Initiativanträge vor, als selbst in einer sehr ausgedehnten Session einzeln gründlich besprochen werden können.

Die konservative Fraktion des Reichstages hat sich durch ihre Beispiele nicht verhalten lassen, auch ihrerseits ganze Bündel von Initiativanträgen einbringen. Sie übt ihre Wirkung und kann es ruhig erwarten, daß die Kritik sich des alten Wortes erinnert: In ihren Früchten soll ihr sie erkennen! Wie oft hat man im vergangenen Sommerhalbjahr das Märchen ausgemäht, die konservative Partei kenne und verstehe nur die Interessen der Großgrundbesitzer und sie verfolge Industrie und Handel mit glühendem Haß. Jetzt aber gilt der erste Initiativantrag der Deutschkonservativen der deutschen Exportindustrie. Unzulänglich berichtet der konservative Sinnes auf die beträchtlichen Forderungen seitens der Vereinigten Staaten eines besonders akute Frage, an der zunächst anheimeln nur die Exportwirtschaft, in Wirklichkeit aber die Gesamtheit der erworbenen Zölne interessiert ist. Hilft sie doch auf das vielbesprochene Gebiet deutscher Einseitigkeit, die aus selbst gewählter Unwissenheit, dem anderen Ländern aber das lohnende Geschäft zuweist. Hat doch selbst das kleine Portugal von großen und starken Deutschen Reich also nehmen dürfen, ohne selbst wertvolles dafür geben zu müssen. Da ist es an der Zeit, den Sinn für nationalen Egoismus wieder einmal gehörig abzuwaschen. Auch sonst können die konservativen Anträge weitgehender Beachtung sicher sein. Die geforderte Vergütung der Schiffsräden bei Bauten des Reichs nur an deutsche Schiffe dient ebenso vernünftiger Heimatpolitik, wie die gewünschten Maßnahmen zur Hebung der deutschen Seefischerei und Seeringwirtschaft. Die in einem anderen Antrage vertritt Befähigung von Arbeiterinnen in Wolfereien warnt vor Scheitern des in der Sozialpolitik, der unter Umständen nicht jenen schadet, denen er nützen sollte. Die Verregelung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige bedarf, genau genommen, keiner Begründung. Vorwiegend für das Land hat der Antrag Bedeutung, der das konventionelle Umverhältnis der Zeugen gesetzlich verbotens wissen will. Der Antrag erinnert daran, daß die bisherigen Maßnahmen gegen die Zigeunerfrage ein Erfolg nicht haben gelassen und Erfolg auf diesem Gebiet erst zu erwarten ist, wenn das herben und roterweise Aufsehen der Zigeuner unmöglich gemacht ist. Darum ist hier die konservative Initiative des Landes gerade der Kleinbürgerlichen Bevölkerung sicher. Ebenso wertvoll aber sind die Maßnahmen, die für Handwerk und Gewerbetreibende gefordert werden. Da soll verhilft werden, daß sich die größeren Handwerksbetriebe der Wettbewerbsfähigkeit zu den kleineren mehr und mehr entfalten, und es soll andererseits die Heranziehung der mit Handwerksbetriebe ausübenden Rational arbeitenden Fortschrittler zu den Folgen der Befähigungsbildung gewöhnlich werden. Wähler bildete ja das Handwerk die Befähigung aus und die Schichten gingen dann in die Fabriken. Das Handwerk hatte die Kosten, die Fabriken über den Hutten. Dabei ist aber nicht übersehen, daß für das Handwerk genau wie für die übrigen Berufsstände die Schulpflicht immer die lohnende Arbeit bildet und so nicht mit Recht erzieht, das in Zimmern und Gesellenständen organisierte Handwerk auch zu Aufzügen und Vorkämpfern der Reichsbetriebsverhältnisse heranzuziehen, ein Ziel,

das eigentlich längst erreicht sein sollte. Aber auch darüber hinaus sollen Maßnahmen den Niedergang des Handwerks und das Verschwinden der selbständigen Gewerbetreibenden verhindern. Es ist der alte Ruf, der mit Sorg um die Zukunft des Vaterlandes von jeder laute: Mehr wirtschaftlich selbständige Erzeugnisse!

Ein vernichtendes Urteil gegen die Sozialdemokratie

Wenn man ein kräftig Wortlein mit der Partei des Klassenkampfes redet, fehlt es regelmäßig nicht an Stimmen, die es, immer bereit zum Plausmachen, als zu weitgehend bezeichnen. Da ist es erfreulich, eine Stimme aus einem anderen Lager zu vernehmen, die mit aller Schärfe mit der Sozialdemokratie ins Gericht geht.

Geheimer Regierungsrat Prof. v. von Savigny-Münster veröffentlicht in der Wochenchrift „Deutsche Wacht“ einen Aufsatz, „Der Großhaß“, in dem die Frage beantwortet wird: „Wie sollen die bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie sich künftig stellen?“ Es ist dies eine grundsätzliche Frage, die für unser ganzes politisches Leben höchst bedeutungsvoll sein muß. Der Verfasser hält von vornherein daran fest, daß es eine Frage der Gegenwart sei, bei der Entwicklungsmöglichkeiten und Wandlungen, die die Zukunft bringen möge, außer Betracht bleiben sollen. Savigny hebt die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie scharf hervor und erklärt, daß die Sozialdemokratie die Zersplitterung der in Deutschland geschichtlich gegebenen Monarchie sei, während die bürgerlichen Parteien vielmehr mit Ausnahme eines wenig bedeutenden linken Flügel des linken Liberalismus, der im Traumland von 1848 weiterdämmere, diese monarchische Staatsform als die für Deutschland allein mögliche, die Interessen unseres Volkes stütze ansehe. Damit hänge zusammen die Ablehnung der Idee des Vaterlandes und der ihm zu leistenden Dienste. Savigny schreibt:

„Der Internationalismus ist das Prinzip der Sozialdemokratie und der geheime Antimilitarismus liegt ihr im Blute. Darüber können gelegentliche, in uns demphig gemeinte Beteuerungen nicht hinwegtäuschen. Das Tun der Sozialdemokratie im Parlament, Presse, Agitation liegt allzu deutlich darauf ab, die Idee des Vaterlandes in den Massen zu erlösen. Die hingeworfene Rede, auf der die letzte Wahl dieses Vaterlandes fecht, beruht, im Walle zu ertönen. Sehen sich doch die Führer gelegentlich nicht, nach einer möglichen Niederlage unserer Partei vor aller Augen zu fliehen. Die platonische Erklärung, daß in einem „geordneten Kriege“ auch die Sozialdemokratie die Waffen führen werde, mag, gegenüber der gewählten normativen Forderung der Gewaltlosigkeit, unter Wehrverfassung, gegenüber der fast grundsätzlichen Parteimehrheit für unsere anständigen Feinde, den Eindruck frechen Sophismus. Man denke sich die Herren Singer, Webel und Dehnbach als Anführer, der über die Wehrfähigkeit eines Krieges zu Gericht sitzt.“

Ein weiterer Gegenstand ist die Verneinung der von allen bürgerlichen Parteien anerkannten sozialen Ordnung durch die Sozialdemokratie. Der Sozialismus trete bewußt und planmäßig als die Partei einer Klasse unter gewollter Mithilfe der Interessen aller übrigen auf und ziele aus dem Klassenhaß den Lebensodem. An ihren revolutionären Zielen könne kein Zweifel sein, nur handele es sich nicht um ein Einzelziel, sondern sie arbeite auch in der Gegenwart mit revolutionären Mitteln. „Gut man diese Partei“, so bemerkt Savigny, „je mit anderen Argumenten vom Vortritt abmahnen hören, als dem der derzeitigen Ansichtswelt? Treibt sie nicht mit jeder Revolution auf dem Erderrund, so mit nihilistischen und anarchischen Morboten, einen widerlichen und volksverderbenden Haß?“ Und nun wendet sich der Verfasser in einigen knappen Sätzen gegen die Spekulation auf die Wankung der Revolutionspartei zum Revisionismus:

„Der Sozialist hat nur die gegenwärtige Ordnung, um Augen zu fassen. Wenn einmal der bürgerliche Revisionismus triumphiert haben sollte und aus dem revolutionären Haß ein feilschendes Reformatom geworden sein wird, dann mag das Urteil von neuem eine Kadaverfrage erheben. Die Träume aber, die aus dem Hofgang einiger Schwaben, aus dem Schimmen für das Reich und die einzigen Sanbiagen die Berechtigung entnehmen, diese mögliche Zukunftsentwicklung als Gegenwartsziel in die politische Bilanz einzustellen, gebören in die politische Kinderstube. Geradezu grotesk wird aber die Selbsttäuschung jener Sozialisten, die aus dem Schimmen für das Reich und die einzigen Sanbiagen die Berechtigung entnehmen, diese mögliche Zukunftsentwicklung als Gegenwartsziel in die politische Bilanz einzustellen, gebören in die politische Kinderstube. Geradezu grotesk wird aber die Selbsttäuschung jener Sozialisten, die aus dem Schimmen für das Reich und die einzigen Sanbiagen die Berechtigung entnehmen, diese mögliche Zukunftsentwicklung als Gegenwartsziel in die politische Bilanz einzustellen, gebören in die politische Kinderstube.“

Diese Worte sollten sich alle diejenigen hinter die Ohren schreiben, die gelegentlich der Steuerliche Verhältnisse darüber anstellen, ob Herr Behl oder Herr von Bodelschwinger nationaler getreu ist. Selbst deutsche Universitätsprofessoren haben diesen Unfug mitgedacht. Doppelt erfreulich ist es, daß ein deutscher Hochschullehrer die Sozialdemokratie richtig einschätzt als mancher seiner Kollegen. Savigny entwirft auch den Einwand, daß die Arbeiter

dem Sozialismus jetzt folgende Masse nicht so schuldig sei, daß ihr Verhalten zur Monarchie als keineswegs auf revolutionäres Republikanismus schließen lasse. Daß sie genug in der überwiegenden Mehrheit im Einflusse ihrer patriotischen Pflicht tun würde. Das sei doch wohl nicht jener Partei zu danken, sondern nur dem erfreulichen Umstande, daß es der Volkserwerblich noch nicht gelungen sei, die gebundenen Volksinstinkte gänzlich zu ertöten.

Savigny kommt zu dem Schluß, daß vor der in der Sozialdemokratie verkörperten Staatsverneinung die Unterschiede der bürgerlichen Parteien verhandeln müßten. Nur so blinde und bornierte Parteilichkeit könne sich darüber einer Täuschung hingeben. Diese mit erschütternder Deutlichkeit vorgetragenen Ansichten eines deutschen Universitätsprofessors sollten Gemeinut und Gebildeten sein, dann stünde es besser um die Vaterländische Sache.

Taft's Vorkauf an den Kongreß.

Die Vorkauf des Präsidenten Taft an den Kongreß ist, wie uns aus Washington gemeldet wird, kurz und in wohlthuender Tone gehalten. Die vorgelegenen Aenderungen an dem Antitrustgesetz und an dem Gesetz über den zwischenstaatlichen Handel sowie die neuen Gesetzentwürfe für die Erhaltung der nationalen Wirtschaften und die Verbesserung der Sonderverhältnisse vorbedalten.

Die Vorkauf beginnt mit der Erklärung, daß die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu allen unabhängigen Nationen fortwährend auf der normalen Grundlage der Freundschaft sich bewegen, befristet sich nach zunächst mit Europa und schließt an erster Stelle den Fortschritt der diplomatischen Verhandlungen mit Großbritannien. Eine Frage von größerer internationaler Bedeutung, als die bisherige, ist dem Kongreß Schicksalsentscheidend nicht unterbreitet worden. Das Abkommen über die Verteilung der Ziffern zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada ist von Großbritannien noch nicht ratifiziert worden. Verhandlungen über eine internationale Konferenz für den Schutz der Rechte der Ausländer in den Vereinigten Staaten und Ausland verhandeln eine befriedigende Lösung. Die Behauptung der Londoner Secretärkonferenz würden hauptsächlich allgemeine Annahme finden und die Hindernisse beseitigen, die bisher der Einführung eines internationalen Verflechtungsabkommens im Wege standen. Die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber dem Reich des Kaiser von China ist eine wohlwollende, Ermutigung und gründe sich auf das Bestreben, das Bestreben der Förderung der Wirtschaftlichkeit befördern werde. Die Einladung Kongreß zur Teilnahme an einer internationalen Spitzbergs-Konferenz ist von den Vereinigten Staaten angenommen. Sie werden aber kein Abkommen unterzeichnen, das die europäischen Staaten über die Einführung irgend einer Art von Beschränkung des Handels schließen könnten. Schließlich ist bezüglich des europäischen Ozeans bemerkt, daß die Bedingungen für einen größeren Anteil Amerikas an dem dortigen Handel infolge der Fortschritte des verkehrsmäßigen Regimes besser seien als je.

Der Vorkauf geht dann einen Rückgang aus dem Reichsgebiet des Reiches über das Reich, bemerkt der Präsident, die veränderten Verhältnisse in den Vereinigten Staaten und den südlichen Republiken hätten die Notwendigkeit, die zur Aufstellung der Monopolrechte führten, anzuheben vermindern lassen. Der internationalen amerikanischen Handelsverträge werde eine genaue Entschärfung. Außerdem die Notwendigkeit der Bekämpfung des Wirtschaftlichen zu betonen und die Wiederherstellung der Wirtschaft zu betonen unterdrückt im Auge behalten.

Mit Bezug auf den ferneren Osten wiederholt die Vorkauf, daß Amerika die Gleichberechtigung und gewöhnliche Anerkennung der Integrität Chinas erziele. Die amerikanische Beteiligung der Wirtschaft an auswärtigen Geschäften sei ebenfalls. Die Beteiligung amerikanischer Banken an der japanischen Eisenbahnbauwerke erziele endlich geordnet. Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan sind dem Vorkauf die Vergewertung in der Hand. Die Vorkauf geht dann einen Rückgang aus dem Reichsgebiet des Reiches über das Reich, bemerkt der Präsident, die veränderten Verhältnisse in den Vereinigten Staaten und den südlichen Republiken hätten die Notwendigkeit, die zur Aufstellung der Monopolrechte führten, anzuheben vermindern lassen. Der internationalen amerikanischen Handelsverträge werde eine genaue Entschärfung. Außerdem die Notwendigkeit der Bekämpfung des Wirtschaftlichen zu betonen und die Wiederherstellung der Wirtschaft zu betonen unterdrückt im Auge behalten.

Der landwirtschaftliche Bauernverein des Saalkreises

Die letzten unter dem Vorsteher des Herrn Delonimois... Die landwirtschaftliche Bauernvereine sind in der Provinz Sachsen... Der landwirtschaftliche Bauernverein des Saalkreises...

Eine Zusammenkunft der Bürgermeister des Regierungsbezirks Merseburg.

Die Zusammenkunft der Bürgermeister des Regierungsbezirks Merseburg... Die Zusammenkunft wurde am 21. November 1909 in der Halle abgehalten...

Table with 4 columns: Gebiet, 1892, 1908, 1909. Rows include Magdeburg, Weizburg, Erfurt, Stadt Magdeburg, Halle, Eisenach, Halberstadt, Wittenberg, Nordhausen, Naumburg, Weißenfels, Jena, Weißenfels, Giebichenstein, Stendal.

Die Entlohnung der Bevölkerung in dieser Zeit... Die Entlohnung der Bevölkerung ist ein wichtiger Faktor für die Wirtschaftsentwicklung...

folgendes Verzeichnis der ihnen unterstellten Beamten... Die Zusammenkunft der Bürgermeister des Regierungsbezirks Merseburg...

Der Verwaltungsdirektor Klingholz bemerkt... Die Zusammenkunft der Bürgermeister des Regierungsbezirks Merseburg...

Heber den gegenwärtigen Stand der landwirtschaftlichen... Die landwirtschaftlichen Bauernvereine sind in der Provinz Sachsen...

Der Bürgermeister Arndt dankte dem Vortragenden... Die Zusammenkunft der Bürgermeister des Regierungsbezirks Merseburg...

Börse- und Handelsteil.

A. Produkte- und Warenmarkt. Getreide, Mehl, Zucker, Öl, etc. Die Börse- und Handelsteil...

